



Daten zur Ausstellung

Öffnungszeiten:

1. April - 30. September: 9.45 - 17.15 Uhr
(letzter Einlaß)

1. Oktober - 30. März: 8.45 - 16.15 Uhr
(letzter Einlaß)

Montags geschlossen

Eintritt frei

Größe:

1.600qm mit weit über 1.000 Ausstellungs-
gegenständen.

215 Vitrinenabschnitte aus 170 Tonnen
Stahl, darin 270 Schaukästen.

Kosten:

Ca. 6 Millionen DM inkl. Rekonstruktion
des Kammergebäudes.

wiss. Leitung:

Dr. Harry Stein

Konzeption:

Rikola-Gunnar Lüttgenau; Dr. Harry Stein

wiss. Mitarbeit:

Vera Neumann; Wolfgang Röhl; Dr. Irmgard
Seidel; Sabine Stein; Friedbert Staar; Dr.
Sonja Staar

wiss. Recherchen:

Dr. Klaus Drobisch; Karola Frings; Franka
Günther

Architektur:

Architekturbüro Kleineberg (Uwe Kleine-
berg; Axel Pohl), Braunschweig

Gestaltung:

Hinz&Kunst (Peter Wentzler), Braun-
schweig

Alle Abbildungen: Archiv der Gedenkstätte
Buchenwald.

*Rikola Lüttgenau ist maßgeblich an der
Konzeption und Umsetzung der neuen
Ausstellung beteiligt.*

„Friedland“ bei Hessisch Lichtenau. Geschichte einer Stadt und Sprengstofffabrik

von Gregor Espelage

In den heutigen Ortsteil Hirschhagen der Stadt Hessisch Lichtenau nahe Kassel wurde im Rahmen der nationalsozialistischen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung eine der größten Sprengstofffabriken des „Dritten Reiches“ gebaut. Das Bauprojekt erhielt den Tarnnamen „Friedland“. Die der eigentlichen Wortbedeutung Hohn sprechende Tarnvokabel ist nicht zu verwechseln mit der Ortsbezeichnung für das südniedersächsische Friedland nahe Göttingen.

Ende 1935 begannen die Bauarbeiten im Gebiet der Hirschhagener Teiche inmitten eines herrlichen Waldes. Streng geheimgehalten und sorgfältig getarnt entstand ein Werk, das sich bei Kriegsende mit fast 500 teils unterirdischen Bunkern, Lagern und Versorgungseinrichtungen über drei Kilo-

meter Länge und einen Kilometer Breite ausdehnte.

Das Werk lieferte mit Bomben, Granaten, Minen und Kanonen nicht nur dem nationalsozialistischen Angriffskrieg die tödlichen Waffen der Verwüstung und Vernichtung, es hinterließ darüber hinaus Spuren - wenn auch ganz anderer Art - am Standort sowie im Denken und Fühlen der Beteiligten. Aus dem „ruhigen Landstädtchen“ wurde ein Industrieort. Hunderte starben bei großen Explosionen und anderen Unfällen oder bezahlten die Arbeit mit ihrer Gesundheit. Tausende deutscher und ausländischer Arbeitskräfte, die oftmals in jungen Jahren zur Arbeit in der Fabrik verpflichtet und gezwungen wurden, dürften hier eine lebensgeschichtliche Prägung erfahren haben.

Aus der Geschichte der Sprengstofffabrik erwachsen zentrale Veränderungen, Pro-

bleme und Aufgaben der Nachkriegszeit. Das Gelände der stillgelegten Fabrik bot sich zur Neuansiedlung von Betrieben an, die geräumten Arbeiterlager zur Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten. Der Zuzug tausender Neubürger veränderte die demographischen und sozialen Verhältnisse in der Stadt. Noch aus der Kriegszeit wurden bis heute infolge giftiger Produktionsrückstände Probleme der Trinkwasserversorgung weitergeschleppt.

Seit einigen Jahren wird die öffentliche politische Diskussion vor Ort mitbestimmt durch Fragen nach der Notwendigkeit und den Formen der Erinnerung an diesen Abschnitt deutscher Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung und Pflicht zur Tradierung eines geschichtlichen Bewußtseins. Ein solches Bewußtsein kann mit dem Gedenken an die Leiden der Opfer die Kraft gewinnen, Strukturen, in denen



menschliches Leben vernichtet, erniedrigt oder beleidigt wird, zu bekämpfen.

Wirtschaftliche Vorgeschichte

Wirtschaftliche Grundlage für die Kleinstadt Hessisch Lichtenau und die umliegenden Gemeinden blieben im 19. Jahrhundert das Kleingewerbe und der Ackerbau. Dies änderte sich erst als die Textilfirma Fröhlich & Wolff 1907 einen Teil ihrer Produktion und später auch den Hauptsitz der Gesellschaft aus Kassel nach Hessisch Lichtenau verlagerte. Der erste industriewirtschaftliche Aufschwung kam mit den Aufträgen der kaiserlichen Armee im Ersten Weltkrieg.

Infolge der Weltwirtschaftskrise kam es zu umfangreichen Entlassungen; mitunter nicht aus betrieblicher Notwendigkeit sondern wegen politischer Mißliebigkeit einiger besonders aktiver Kommunisten. Die mit der Weltwirtschaftskrise steil ansteigenden Belastungen des städtischen Wohlfahrtsrats erreichten im Jahre 1932 ihren absoluten Höhepunkt. Dennoch kommt eine Entlastung dieses Etats als Motiv für die städtischen Bemühungen um eine Ansiedlung der Sprengstofffabrik nicht in Frage, weil sich bereits vor Baubeginn die Situation wesentlich entspannt hatte.

Der mit der Schwerweberei 1932 begonnene und seit 1933 insbesondere mit Staatsaufträgen unterfütterte wirtschaftliche Aufschwung war zwischenzeitlich gefährdet durch den nationalsozialistischen Rassismus, der sich gegen die „nicht-arischen“ Firmeneigner richtete. So verweigerten die Reichszeugmeisterei der NSDAP und das Reichsbahn-Zentralamt aus rassistischen Gründen Großaufträge.

Durch Anpassungsstrategien der Firma, durch Parteimitgliedschaften leitender Angestellter, durch eine politisch motivierte Entlassungs- und Einstellungspraxis, durch die Vermittlung des NSDAP-Kreisleiters und neuen Bürgermeisters Goebel und auf Empfehlung des Gauleiters Weinrich wurden die Bedenken wegen der „nicht-

arischen“ Firmeneigner zunächst zurückgestellt und die Firma mit Staatsaufträgen so ausgelastet, daß sie bis 1935 ihre Belegschaft auf 1000-1200 Beschäftigte gegenüber der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise noch vergrößern konnte. Das Arbeitslosenproblem der Stadt, deren Einwohner zur Hälfte allein im Dienst dieser Firma tätig waren, war gelöst, bevor mit der Ansiedlung der Sprengstofffabrik begonnen wurde.

Die Vollbeschäftigung wurde im Deutschen Reich 1936 erreicht, in einzelnen Bereichen fehlten jetzt bereits Arbeitskräfte. Die Überwindung der Arbeitsmarktkrise wurde zeitgenössisch häufig dem nationalsozialistischen Regime gutgeschrieben. Hitler habe wie versprochen 'die Arbeitslosen von der Straße geholt' und allen wieder 'Arbeit und Brot' gebracht. Die Konjunktur aber war das Ergebnis einer Kriegsrüstung. Seit 1935 übertrafen die Rüstungsausgaben die Gesamtsumme aller übrigen Staatsausgaben, und die Wende in Hessisch Lichtenau hatten vornehmlich die Wehrmachtsaufträge für die Textilfabrik gebracht.

Politische Vorgeschichte

Das soziale, gesellschaftliche und politische Leben im Hessisch Lichtenau der Weimarer Republik wurde wesentlich durch die Vielzahl der politischen Verbände bestimmt; besonders durch die zahlreichen Unterorganisationen, Vereine und Gruppierungen der in Sozialdemokraten und Kommunisten gespaltenen Arbeiterbewegung. Bei den Stadtverordnetenwahlen kandidierten neben SPD und KPD eine bürgerliche Wählervereinigung, die sich zu den Kommunalwahlen im März 1933 zur „Nationalen Front/NSDAP“ vereinigte.

Die Geschichte der Reichstagswahlergebnisse in dieser Stadt ist nicht von politischer Zersplitterung, sondern von einer im Reichsvergleich noch ungleich stärkeren Polarisierung auf dem linken und rechten Flügel der Parteienlandschaft geprägt. Hierzu trug in Hessisch Lichtenau neben der Eigenart einer Industriegemeinde mit

hoher Arbeitslosigkeit in einer agrarisch geprägten Region sicher auch bei, daß auf Grund der konfessionellen Struktur der politische Katholizismus hier keine Rolle spielte.

Am Anfang und am Ende der Weimarer Republik besaßen die Parteien der gespaltenen Arbeiterbewegung die Mehrheit, andererseits aber gab es seit September 1930 eine noch sehr viel größere Mehrheit für die Parteien, die die Republik radikal ablehnten. Der konstatierten politischen Polarisierung entsprach allerdings keine weit über verbale Anwürfe hinausgehende Brutalisierung der politischen Auseinandersetzung. Im selben Saal des Hotels „Grüner Baum“ neben der Stadtkirche fanden fast alle größeren Kundgebungen der politischen Parteien, sowohl der KPD, der SPD wie auch der NSDAP statt.

Schneller und umfassender noch als in Hessen-Nassau und im gesamten Reichsgebiet verloren zum Nutzen der NSDAP die bürgerlichen Parteien in Hessisch Lichtenau an Stimmgewicht. Vor 1933 war der Nationalsozialismus hier eine Sache der Handwerker, Landwirte und Kaufleute, vor allem aber eine junge Männer-Bewegung gewesen. Das Durchschnittsalter in der Ortsgruppe lag mit 29,5 Jahren weit unter dem Altersdurchschnitt der ohnehin „jungen“ Partei, zu den 72 Mitglieder zählten nur 4 Frauen. Der relativ geringe Arbeiteranteil dürfte auch mit der Stärke der örtlichen KPD zu erklären sein.

Nachdem die braune Revolution zur Staatspartei avanciert war, wehrte sich die NSDAP Ortsgruppe gegen die in ihren Augen „Hyänen des Schlachtfeldes“, die nun in die Partei drängten und den politischen und sozialen Charakter der nationalsozialistischen Bewegung zu verändern drohten. Bei Kriegsende lag der Anteil der Parteimitglieder bei den mittelständischen Unternehmern und Geschäftsinhabern mit 67 % um ein Vielfaches höher als bei den einfachen Lohnabhängigen mit 16 %. Unter den abhängig Beschäftigten nahm die Zahl der NSDAP-Mitgliedschaft mit der Stellung innerhalb der Betriebshierarchie zu.



Fast alle, die mit der Parteimitgliedschaft geschäftlichen Vorteilen nachgelaufen waren, wurden in den Spruchkammerverfahren der Nachkriegszeit entlastet oder als „Mitläufer“ eingestuft. Beweise für eine objektive Notwendigkeit, ein Geschäft nur als Parteimitglied führen zu können, wurden nicht gefunden. Auf Vorteile war allerdings mit Recht zu rechnen. Die öffentliche Auftragsvergabe war nicht an die Parteimitgliedschaft, sondern nur an die Mitgliedschaft in berufsständischen und Organisationen mit vornehmlich sozialpolitischen Aufgaben geknüpft. Allerdings konnten innerparteiliche Beziehungen den Geschäftsinhabern von Nutzen sein, wenn es um die erhöhte Zuteilung bewirtschafteter Waren oder den Schutz vor Abzug von Arbeitskräften ging. Dennoch waren die Abhängigkeiten zwischen der Partei, bzw. mit Parteigenossen besetzten staatlichen Dienststellen und der Geschäftswelt keine Einbahnstraße.

Gerade in der Sondersituation des unvorbereiteten und sprunghaften Massenzuzugs auswärtiger Arbeiter und Arbeiterinnen war man auch auf die Mitarbeit und Mehrarbeit der örtlichen Geschäftswelt vom Fuhrunternehmer bis zum Milchhändler angewiesen, um die alltäglichen Probleme vom Transport bis zur Lebensmittelversorgung einigermaßen lösen zu können. Daß damit in mehreren Fällen eine beträchtliche Geschäftserweiterung verbunden war, kann den Gewerbetreibenden nicht im nachhinein angekreidet werden, sie war vielmehr notwendig im Interesse auch der Tausenden auswärtiger Lagerinsassen. Mancher Geschäftsmann aber dürfte auch aus „Dankbarkeit“ der Partei beigetreten sein.

Die Etablierung des Nationalsozialismus

Die nationalsozialistische Eroberung des Lichtenauer Rathauses begann mit den Gemeindewahlen im März 1933 und der Ausschaltung der gewählten kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten. Die Position der NSDAP wurde weiter ausgebaut und gefestigt mit dem

Bürgermeisterwechsel 1934, der Besetzung von Verwaltungsstellen mit Parteigenossen und dem Auswechseln des Polizeihauptwachtmeisters 1937/38.

In Hessisch Lichtenau fand der „Tag von Potsdam“ (21. 3. 1933) seine Fortsetzung in der ersten Sitzung der neu gewählten Stadtverordneten, die als „dringlich“ beschlossen, Straßen nach Adolf Hitler und Horst Wessel zu benennen. Hitler und Hindenburg sollten zu neuen Ehrenbürgern der Stadt ernannt werden. An dieser Eröffnungssitzung nahmen die Kommunisten gezwungenemmaßen und die Sozialdemokraten demonstrativ nicht teil. Später wurden auch die Sozialdemokraten ausgeschlossen. Von den für die Stadtgeschichte weitreichenden Entscheidungen im Zusammenhang der Rüstungsbauten war die Gemeindevertretung dann so gut wie ausgeschlossen; eine anderweitige Entscheidung ist allerdings auch nicht sehr wahrscheinlich.

1934 löste auf Vorschlag der Gauleitung Julius Goebel, Kreisleiter der NSDAP und 'alter Kämpfer' der nationalsozialistischen Bewegung, den bisherigen Bürgermeister Karl Keidler ab. Goebel wurde aus kommunalpolitischer Perspektive die treibende Kraft bei der Ansiedlung der staatlichen Rüstungsprojekte, die noch vor dem Bau der Sprengstofffabrik mit der Anlage eines militärischen Flugplatzes begannen.

Die Lichtenauer Ortspolizei, die 1933 ihren Teil bei der „Ausschaltung“ der politischen Opposition erfüllt hatte, paßte sich nicht vollständig den gewendeten Machtverhältnissen an. Es blieb ein Spielraum, in dem Hauptwachtmeister Thöne die staatlich verfolgten Gegner der Nationalsozialisten in gewisser Weise schützte, indem er ihre Existenz herunterspielte und auch ihre Aktivitäten teilweise verschwieg. 1937 wurde der Polizeihauptwachtmeister in den Ruhestand entlassen. Sein Nachfolger Friedrich Rudolf bewies in Zusammenarbeit von Ortspolizei, Gendarmerie, Gestapo und Werkschutz bei der Überwachung und Verfolgung der Arbeiter und Arbeiterinnen

eine solche „Pflichttreue“, daß er unmittelbar bei Kriegsende vor Vergeltung geschützt werden sollte und versetzt wurde.

In unmittelbaren Zusammenhang mit der Ansiedlung der Sprengstofffabrik und den zahlreichen Lagern verdreifachte sich die Zahl der Verwaltungsstellen im Rathaus der Stadt. Die Besetzung dieser Stellen mit Parteigenossen diente nicht nur der Herrschaftssicherung, sie war auch eine Art Versorgungsausgleich und Lohn der „Kampfjahre“. Der neue Kartenstellenleiter konnte beispielsweise seine antisemitische Gesinnung seit 1920 nachweisen. Mit Fortdauer des Krieges wurden dann notgedrungen vor allem weibliche Angestellte, Hilfskräfte und Lehrlinge des „einfachen Dienstes“ eingestellt.

Die nationalsozialistische Durchdringung des öffentlichen Lebens wurde erkennbar in verschiedenen Zeitzeichen: in den veränderten Straßennamen, im Abriß des alten Kriegerdenkmals, in politischen Ritualen von der Gemeinderatssitzung bis zur Schwimmbadeinweihung, in antisemitischen Umzügen mit Holzfiguren und der Aufstellung der „Stümerkästen“.

Auf dem alten Denkmalssockel für die toten Soldaten des Ersten Weltkrieges kauerte eine nackte und unbewaffnete Figur, die in ihrer Haltung aus Nachdenklichkeit, Trauer und Verzweiflung dem Zeitgeist nicht mehr entsprach, als im Hirschhagener Wald die Sprengstoffproduktion vorbereitet und zu einem neuen Weltkrieg gerüstet wurde. 1937 wurde das Denkmal abgerissen.

Die monatlich vorliegenden „Stimmungsberichte“ der NS-Frauenschaftsleitung im Kreis Witzzenhausen dokumentieren die „Ausschaltung“ der jüdischen Mitbürger aus dem Wirtschaftsleben, ihre fortschreitende Entrechtung und den Kampf der örtlichen NS-Gliederungen bis die Dörfer „judenrein“ waren. Die Vertreibung konnte Polizeibehörden, NS-Gliederungen und großen Teilen der „Volksgemeinschaft“ nicht schnell genug gehen.



Dieser Aktion gewordene Antisemitismus der 30er Jahre hat in historischer Perspektive geholfen, die sozialpsychologische Situation des Jahres 1944 vorzubereiten, als täglich hunderte Jüdinnen in einem erbarmungswürdigen Zustand aus dem KZ-Außenlager Vereinshaus durch die Stadt Hessisch Lichtenau zur Arbeit in die Sprengstofffabrik getrieben wurden. Ein Erbarmen aber war nur noch heimlich möglich und geschah vereinzelt.

Die Ansiedlung der Sprengstofffabrik

Zeitgleich mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht hatten Berliner Ministerien 1935 die Gemeinden besonders auftragsbedürftiger Gebiete aufgefordert, sich um Anlagen durch die Wehrmacht zu bemühen. Am Ende des Jahres berichtete Bürgermeister Goebel erstmals über den Stand der Verhandlungen. Er nannte auch in den folgenden Jahren weder politische Motive noch den genauen Zweck der Unternehmungen - die Anlage eines militärischen Flugplatzes und einer Sprengstofffabrik -, sondern konzentrierte sich auf die Bedeutung dieser Anlagen für die wirtschaftliche Entwicklung der Region: Auf neue Arbeitsplätze, erhöhte Umsätze für Einzelhandel und mittelständisches Gewerbe, Nebenverdienste durch Zimmervermietung, erhöhte Steuereinnahmen für die Stadt.

In den Vorkriegsjahren wuchsen die kommunalen Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur um ein Mehrfaches, die durchweg als Vorleistung für die staatliche Rüstungsbauten zu werten sind. Hierzu zählten Straßenbauten, Neu-, Um- und Ausbauten zur Wasser- und Stromversorgung, eine Parkanlage und der Bau eines Freibades. 1936 wurde die Stadt für die „Pflege und Schönheit der Landschaft und des Ortsbildes“ ausgezeichnet.

Beteiligte Gesellschaften

Der schriftliche Antrag zum Bau der „Friedland-Werke“ datiert vom 7. Septem-

ber 1935. An der Planung, dem Bau und Betrieb der Sprengstofffabrik waren beteiligt:

- Das Heereswaffenamt und dessen Treuhändergesellschaft die Montan-Industriewerke GmbH (Montan) als Auftraggeber.
- Der Spreng- und Kunststoffkonzern Dynamit AG, vormals Alfred Nobel & Co. (Dynamit AG) als Planer und Bauherr.
- Die GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse (Verwertchemie), Tochtergesellschaft der Dynamit AG, als Produzent.

Das Deutsche Reich bzw. die Montan investierte über 135 Millionen Reichsmark in die Fabrik Hessisch Lichtenau. Die Dynamit AG plante und baute mit diesen Reichsmitteln die Anlagen, in denen die Verwertchemie die Sprengstoffe TNT und Pikrin produzierte und Zündmittel, Übertragungsladungen, Minen, Bomben und Granaten preßte, füllte und dem Reich verkaufte. Einen Teil der Investitionen hatte die Verwertchemie entsprechend mit Pachtzahlungen, die sich nach dem erwirtschafteten Gewinn berechneten, an das Reich zurückzuzahlen. Vermutlich wurde bereits für das Geschäftsjahr 1943/44 keine Pacht mehr bezahlt; sicherlich nicht 1944/45.

Die Gewinne der Verwertchemie wurden vollständig an die Dynamit AG als einzige Gesellschafterin abgeführt. Diese Gewinne waren staatlich garantiert unter Ausschaltung jeglichen unternehmerischen Risikos, dem eigentlichen Herzstück zur Verteidigung aller privatwirtschaftlich organisierten Produktion. Dazu kam die gesicherte und ständig gesteigerte Auftragshöhe und garantierte Abnahme bei gleichzeitig geringem Betriebsvermögen und einer angesichts des Geschäftsumfanges verschwindend geringen Haftungsbegrenzung.

Die Muttergesellschaft Dynamit AG beherrschte in der deutschen Geschichte den Sprengstoffsektor seit der industriellen Gründerzeit mit wachsender Konzentration.

Die Gesellschaft war durch Interessengemeinschaftsvertrag, Führungspersonal und Aktienbesitz verbunden mit ihrer Mehrheitseignerin, der I.G. Farben. Aus Betrieben der IG-Farben kam zudem der Großteil der Vor- und Zwischenprodukte für die Sprengstoffherstellung.

Die staatlichen und privatwirtschaftlichen Lenkungsorgane der Rüstungsproduktion im „Dritten Reich“ waren in dem vom Rüstungsminister Speer vollendeten System zur „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ miteinander vernetzt. Hier waren Dynamit AG, Verwertchemie und Fabrikleitung Hessisch Lichtenau in führenden Positionen vertreten. Im Rahmen des Nürnberger Industriellenprozesses gegen die I.G. Farben gelang es dennoch der Verteidigung der Dynamit AG den Anteil der Gesellschaft an der Kriegsvorbereitung und Kriegsproduktion zu verschleiern. Dieses wurde durch das sogenannte Montan-Modell möglich, das der Planung und Produktion zugrunde lag: privatwirtschaftliche Produktion in staatseigenen Anlagen. Weitere Folgen des Montan-Modells zeigen sich bis heute in ungeklärten Fragen der Haftung, Entschädigung und Sanierung ökologischer Spätfolgen und Schäden aus der Produktionszeit.

Heinrich Schindler, Chefingenieur der Dynamit AG und bei Kriegsende Vorsitzender des Sonderausschusses Sprengstoff im Speerministerium, behauptete im Nürnberger IG-Farben-Prozeß wider besseres Wissen, die Fabrik Hessisch Lichtenau sei als Ersatz für die explodierte Anlage der nach dem Versailler Vertrag genehmigten Fabrik der Wasag in Rheinsdorf geplant worden. Tatsächlich gehörte die Sprengstofffabrik in der Planung zu den Eckpfeilern der Kriegsvorbereitung auf dem Sprengstoffsektor. Überlegungen im Heereswaffenamt zur Ausweitung der TNT-Kapazitäten lassen sich bis weit in die Zeit der Weimarer Republik zurückverfolgen. Die Standortwahl Hessisch Lichtenau wurde allerdings erst 1935 getroffen. Hier spielten sicherheitsstrategische Gründe die weitaus größte Rolle.



Bau und Ausbau

Die Chronologie der schon bald erweiterten Aufträge beweist, daß die gegenüber der ursprünglichen Planung fast doppelt so große Anlage zu größten Teilen bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geplant worden war. Der Ausbau während des Krieges ist nicht so sehr eine Reaktion auf gestiegene Anforderungen von der Front als vielmehr auf die Produktionsprobleme der Fabrik in den Bereichen Energieversorgung, Transport und Wiedergewinnung der Abfallsäuren wie Neutralisation der Abwässer. Daneben wurde versucht, die Situation bei den vor dem Krieg vernachlässigten Sozialbauten nachzubessern. In keinem dieser Bereiche konnte der Ausbau Schritt halten mit der ausgeweiteten Produktion und den Massen zusätzlicher Arbeitskräfte.

Neben großen Baufirmen wie Hoch-Tief, Mannesmann, Phillip Holzmann und anderen waren am Bau und Ausbau der Fabrik zahlreiche regionale Baufirmen und Handwerksgemeinschaften beteiligt. Nachweislich 146 Bau-, Liefer- und Montagefirmen wurden für Bauten im Gelände der Sprengstofffabrik, aber auch für Lager- und Siedlungsbauten tätig. Ein großer Teil der Arbeitskräfte wurde aus immer entfernteren Gegenden der Baustelle Hessisch Lichtenau über die Dienstverpflichtung zugewiesen. Größere Kontingente an Bauarbeitern stellte zudem die Organisation Todt sowie der Reichsarbeitsdienst. Beim Bau wurden auch die ersten ausländischen Arbeitskräfte aus besetzten wie verbündeten Ländern eingesetzt. Der Anteil der Kriegsgefangenen und zur Zwangsarbeit deportierten Männer an den in Lagern untergebrachten Bauarbeitern der Fabrik Hessisch Lichtenau stieg bis 1944 auf 86 % aller Bauarbeiter.

Katastrophengefahr

Durch die Ansiedlung der Sprengstofffabrik lagen die gesamte Stadt sowie die umliegenden Gemeinden in höchster Gefahrenzone. Seit Kriegsbeginn bestand perma-

nente Katastrophengefahr, immer mußte mit dem Schlimmsten gerechnet werden. Nicht allein Explosionen bei der Produktion, sondern auch Fliegerangriffe auf die Sprengstofffabrik waren zu befürchten. Zum Schutz der Anlage wurden vier Flakstellungen eingerichtet und die Abwehr in Planspielen trainiert.

Bei Kriegsende war die große Katastrophe, die der gesamten Region durch die bloße Existenz der großen Sprengstofffabrik droht hatte, ausgeblieben. Niemand aber hatte vor Kriegsende wissen können, daß die Sprengstofffabrik anders als etwa Rüstungsbetriebe in Kassel oder das Schwesterwerk der Lichtenauer Fabrik in Clausthal-Zellerfeld nicht zu den Angriffszielen alliierter Bomberverbände zählen würde, niemand konnte sich auf die Tarnung der Fabrik verlassen.

Die ausgebliebene Bombardierung des Werkes kann nicht mit perfekter Tarnung erklärt werden. Dagegen sprechen Luftaufnahmen. Eine Erklärung kann nur im Netzwerk militärstrategischer, psychologischer, ökonomischer und technologischer Aspekte gefunden werden. Wesentlich war vor allem die Bombenstrategie der Alliierten, in der die Vorproduktwerke als Ziele Priorität besaßen. Werke der Sprengstoff- und Pulverindustrie wurden mit Ausnahme von Clausthal-Zellerfeld nicht gezielt bombardiert.

Das Bewußtsein der Gefahr mag verdrängt oder bagatellisiert worden sein. Eine Ahnung kehrte zurück mit der verheerenden Explosion des von Jagdbombern beschossenen Munitionszuges in Waldkappel am Ostersonnabend 1945, als 17 Menschen starben. Die explodierte Fracht kam aus der Fabrik Hessisch Lichtenau.

Regionalwirtschaftliche Zwischenbilanz

Aus kommunaler Perspektive wurde neben der erweiterten Textilproduktion für Wehrmachtszwecke die Ansiedlung der Sprengstofffabrik zur Hauptursache, daß sich in-

nerhalb einer Generation die Einwohnerzahl der Stadt auf 5400 Einwohner im Jahr 1950 nahezu verdreifachte und die wenige hauptberufliche Landwirtschaft in der Stadt durch die Industrie fast völlig verdrängt wurde.

Die Veränderungen wurden zeitgenössisch zunächst als kommunaler Aufschwung begrüßt und kommentiert, auch wenn nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise von den neuen Verdienstmöglichkeiten profitierten. Spuren kritischer Haltungen betreffen Begeiterscheinungen dieser Entwicklung: Anwohnerproteste gegen den zunehmenden Verkehrslärm durch Arbeitertransporte und Bauarbeiterproteste gegen die Arbeits- und Lohnbedingungen. Bei der Stadtverwaltung wuchs der Unmut erst, als sich die Früchte der kommunalen Investitionen nicht wie erwartet ernten ließen.

Mit den staatlichen Rüstungsprojekten entstand in Hessisch Lichtenau eine neue, im Reichsvergleich nicht unbedingt einzigartige, aber doch besondere Situation, die entgegen einer allgemeinen Konzentrationstendenz die Zahl mittlerer und kleinerer Gewerbebetriebe wieder ansteigen ließ. Alteingesessene Betriebe wurden erweitert. Die alten und neuen Geschäftsinhaber setzten ihre Hoffnung auf öffentliche Aufträge und deren wirtschaftlich positive Folgen wie z.B. gesteigerte Kaufkraft. Während des Krieges brachte die spezielle Situation einigen Betriebsinhabern die „UK-Stellung“ und damit weiteren Nutzen. Nicht zuletzt aber wurden mit den Existenzgründungen und Betriebserweiterungen im ortsansässigen Gewerbe Grundsteine gelegt und Voraussetzungen geschaffen, die später beim Start ins Wirtschaftswunderland klare Vorteile mit sich brachten.

Bauunternehmen, Maler-, Klempner- und andere Handwerksbetriebe aus Hessisch Lichtenau und der näheren Umgebung waren vor allem mit Straßen-, Wege-, Lager- und Siedlungsbauten beauftragt. Sie schlossen sich zu Arbeitsgemeinschaften zusammen, um Aufträge einer für sie neuen Größenordnung überhaupt annehmen



zu können. Gastwirte und Geschäftsleute der Stadt richteten in den Siedlungen und Lagern Kantinen und eigene Verkaufsstellen ein. Die Umsätze der örtlichen Geschäfte stiegen durch die Einkäufe der vorübergehenden Mitbewohner. Selbst noch die Eigenart der chemischen Produktion in der Sprengstofffabrik hatte ihre spezifische wirtschaftliche Folge vor Ort: der Apotheker verkaufte „zentnerweise“ Salben.

Auch die Bauarbeiter und ehemals Arbeitslosen der näheren Umgebung sind anfänglich und vorübergehend zu den Gewinnern der Entwicklung zu zählen. Dennoch hielt sich die Begeisterung der zum großen Teil mit schweren Erdarbeiten beschäftigten Arbeiter in Grenzen. Quelle einer wachsenden Verärgerung waren: Lohnhöhe, Lohnausfälle und verzögerte Lohnzahlungen.

Die Konzentration der Arbeitskräfte auf Belange der Rüstungsindustrie schuf in anderen Produktionsbereichen wie der Landwirtschaft und dem mittelständischen Gewerbe der Region Hessisch Lichtenau neue Probleme. Zunächst fehlten vor allem landwirtschaftliche Hilfskräfte, die in die besser bezahlten Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie abgewandert waren. Die Klagen über die immer schlechter werdenden „Leuteverhältnisse“ in der Landwirtschaft und die Kritik am staatlichen Dirigismus bei der Festsetzung der Erzeugerpreise bedingten bei einigen Bauern und Landwirten eine wachsende Distanz zum Nationalsozialismus, dessen Stütze sie nicht nur als Protagonisten der „Blut und Boden“-Ideologie gewesen waren.

Das Beispiel des Lichtenauer Ortsbauernführers dokumentiert die wachsende Distanz. Dieser zugleich dienstälteste Parteigenosse der Stadt und Träger des Goldenen Parteiabzeichens, unterlief den staatlichen Dirigismus und machte mit der Verwertchemie seine Milchgeschäfte an den Wirtschaftsämtern vorbei. Er wurde als Bauernführer beurteilt, erhielt eine Ordnungsstrafe, verlor die Konzession als Milchabfüllbetrieb und wurde zur Wehrmacht eingezogen.

Die Klagen über den Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft rissen nicht ab und wurden erst während des Krieges durch die Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitskräften abgemildert. Die ersten polnischen Kriegsgefangenen kamen Ende 1939, die ersten Gefangenen aus Frankreich im Herbst 1940 nach Hessisch Lichtenau. Auch die Bestellung der Gärten und Flächen in den landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben war oftmals nur mit Hilfe der ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter möglich, die hier nach Arbeitsschluß in der Sprengstofffabrik für eine bitter nötige Zusatzverpflegung weiterarbeiteten.

Auf dem Wohnungsmarkt trafen sich Gewinner und Verlierer der Entwicklung. Die private Unterbringung zunächst der auswärtigen Bauarbeiter, später der Fabrikangestellten ließ in Hessisch Lichtenau die Zimmerpreise so rasch und rasant ansteigen, daß sich Baufirmen bereits 1936 gezwungen sahen, in umliegende Gemeinden auszuweichen. Mitte 1939 wurde ein Verbot der Mietpreiserhöhungen öffentlich ausgehängt.

Gemessen am finanziellen Ertrag war die Stadtkasse Hessisch Lichtenau der Hauptgewinner der Rüstungskonjunktur. Bis zur Änderung der Gemeindegrenzen, Mitte 1941, war allerdings Friedrichsbrück die eigentliche Betriebsgemeinde der Sprengstofffabrik gewesen. Auf Antrag der Stadt Hessisch Lichtenau wurden dann ca. 1200 ha umgemeindet. Damit standen der Stadt Hessisch Lichtenau die Steuerzahlungen der auf dem umgemeindeten Gebiet tätigen Firmen, der Dynamit AG, Verwertchemie und ihrer Subunternehmen, zu. Die kleine Gemeinde Friedrichsbrück hatte nicht mehr gewußt, was sie mit dem vielen Geld anfangen sollte.

Trotz steigender Abgabepflichten war der Stadt durch das vermehrte Steueraufkommen eine Bildung von Kapitalrücklagen möglich. Die Projekte, für die die Rücklagen vorgesehen waren, aber lagen sämtlich auf Eis. Das Geld konnte nicht ausgegeben

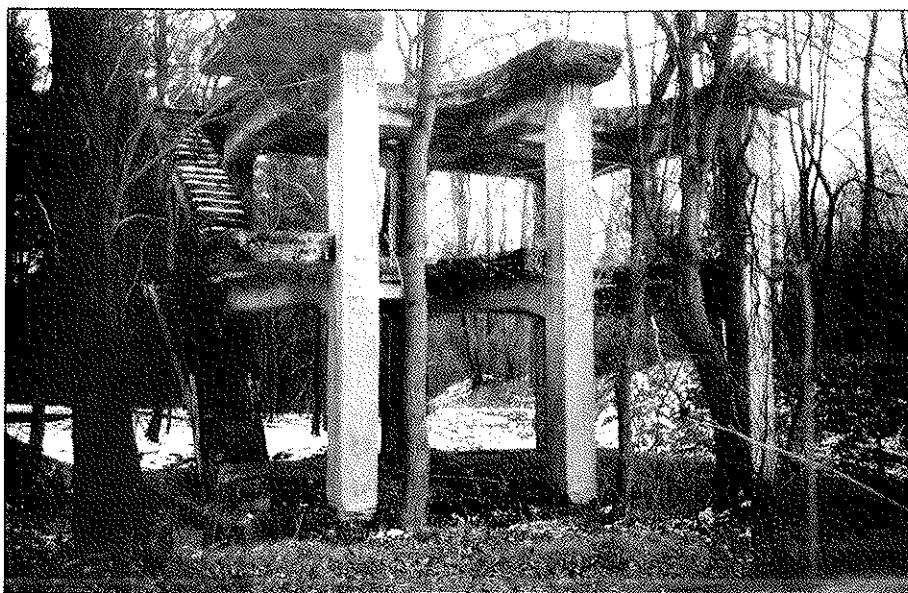
werden. Ein Baustopp war verfügt, überall fehlten Arbeitskräfte. Es war Krieg.

Mit dem Regen der Steuergelder hatte die Stadt nicht zuletzt Probleme einer ausreichenden Wasserversorgung und einer hinreichend geklärten Entsorgung der Abwässer lösen wollen. Die Probleme existierten seit der ersten Industrialisierung durch die Textilfabrik. Die Fabrik- und Lagerabwässer der Sprengstofffabrik und deren Produktionsrückstände im Grundwasser aber schufen eine ganz neue Dimension der Naturzerstörung und gesundheitlichen Bedrohung.

Zum einen wurde die chemische Fabrik ins Quellgebiet der städtischen Trinkwasserversorgung gebaut zum anderen fielen bei der Herstellung des TNT, der Pikrinsäure und bei der Behandlung der Abfallsäuren große Mengen giftiger Abwässer an. Die Neutralisation und Beseitigung dieser Abwässer blieb von der ersten Planungsphase bis zum Kriegsende ein ungelöstes Produktionsproblem, das bis heute als sogenannte Rüstungsalast überdauert. Die Planung war rücksichtslos, aber nicht ahnungslos. Während der Planung im Vorkrieg wurden die brennenden Abwasserfragen bewußt zurückgestellt, während der Kriegsproduktion reagierten Eigner, Bauherr und Produzent erst angesichts steigender Entschädigungsforderungen. Die Haltung der Verantwortlichen gegenüber den Ressourcen der Natur entsprach der Einstellung gegenüber den Gefahren für Leib und Leben der Menschen, die mit den giftigen Substanzen umzugehen hatten.

Auch der Bürgermeister wußte vor Baubeginn um die Gefährdung der Trinkwasserversorgung und meldete bereits Ende 1935 vorsorglich Schadensersatzansprüche an. Er nahm die Gefährdung in Kauf, da er sich vom wirtschaftlichen Aufschwung durch die Sprengstofffabrik die Gelder zur Lösung kommunaler Probleme gerade in diesem Teilbereich versprach.

Die kommunale Konjunktur erwies sich dann nach kurzer Scheinblüte gerade hier



Betonskelett im Hirschhagener Wald. Ehemaliges Kesselhaus. Aufnahme 1984.



Ehemaliges Lagergebäude und Verladerampe am Bahnring im Werksgelände. Aufnahme 1995.

als eine giftige Sumpflüte neuer Probleme, die nach hilflosem Krisenmanagement zunächst einfach verdrängt wurden. Noch ein halbes Jahrhundert nach Stilllegung der Fabrik gefährden Produktionsrückstände und deren Zerfallsprodukte das Trinkwasser, belasten den Boden, den Wasserpreis und die öffentlichen Haushalte.

Die Entwicklung der Produktion

Offiziell begann die Produktion in der Fabrik Hessisch Lichtenau am 1. Juni 1938

und damit weit über ein Jahr vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. Das weniger offiziell verkündete Ende kam am 29. März 1945, drei Tage vor dem Einmarsch alliierter Truppen. Die Produktionsaufträge mit Datum der Vorkriegszeit und die Liefertermine zeigen, daß das Werk Hessisch Lichtenau nicht als „Bereitschaftsanlage für den Mob-Fall“ oder „Schlafwerk“ bezeichnet werden kann. Es handelte sich vielmehr um eine Anlage mit der Bereitschaft zur Kriegsvorbereitung. Der steile Produktionsanstieg während des Krieges begann vor dem Überfall auf die Sowjetunion, nachdem

im Frühjahr 1940 die erste größere Werkserweiterung abgeschlossen worden war.

1943 galt und gilt mitunter noch heute als das Jahr des deutschen „Rüstungswunders“. Minister Speer verkündete auf der Propagandakundgebung für die Rüstung am 3. 6. 1943 im Berliner Sportpalast als Erfolgsbilanz die um ein Mehrfaches gesteigerte Produktion ohne entsprechende Erhöhung der Arbeitskräftezahlen und Betriebskosten. Ähnlich lassen sich die Produktionsleitungen der Fabrik Hessisch Lichtenau anhand der Jahresbetriebsergebnisse aufschlüsseln. Die Zahlen wirken „imposant“ gerade angesichts der Füllstelenexplosionen, Zulieferschwierigkeiten und wachsenden Probleme in der Arbeitseinsatzlage. Hinter den Zahlen aber deutet sich die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft an.

Die Bombardierung und Zerstörung chemischer Grundstoff- und Schlüsselwerke im Sommer 1944 bedingte eine Rohstoff- und Produktionskrise in der deutschen Sprengstofffertigung und beschleunigte ein letztes Mal die Suche nach Ersatzmischungen. Dies führte u.a. zu einer Aufwertung der Pikrinsäure mit besonderer Bedeutung auch für die Fabrik Hessisch Lichtenau. In den letzten Kriegsmonaten steigerte der Verlust der Sprengstoffwerke im Osten noch einmal die Bedeutung der Fabrik Hessisch Lichtenau für den Sprengstoffnachschub der deutschen Truppen. Das Werk aber konnte den Anforderungen wegen erheblicher Versorgungsschwierigkeiten nur noch bedingt nachkommen. Dennoch versuchte die Fabrikleitung ihr Produktionssoll im Notmunitionsprogramm bis wenige Tage vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen am 2. April 1945 zu erfüllen. Auf der anderen Seite ließen die Fabrikdirektoren Prätorius und Bottke den Führerbefehl, die Fabrik zu sprengen, nicht ausführen und folgten damit der Linie des Ministers Speer. Statt dessen wurden große Mengen der noch vorhandenen Munition in die Hirschhagener Teiche gekippt. Die „Entsorgung“ hatte begonnen.



Gesprengtes Pressegebäude.

Die Arbeitskräfte der Fabrik

Arbeitskräfte- und Rohstoffmangel gehörten zu den zentralen Problemen der deutschen Sprengstoffindustrie. Die Produktion der 1942 zum „Musterbetrieb“ ernannten Fabrik Hessisch Lichtenau war allerdings bis 1944 durch mangelnde Arbeitskräftezuweisungen und fehlende Rohstoffe vergleichsweise weniger oder immer nur kurzfristig eingeschränkt. Die Fabrik nutzte ihre „Kapazitäten“, einschließlich der Arbeiter und Arbeiterinnen, mehr als restlos aus.

Die Erfüllung der mit immer neuen Kriegs- und Beutezügen in immer kürzeren Abständen hoch und höher geschraubten Produktionsforderungen an die Sprengstoffindustrie stieß ebenso schnell und unvermeidlich an das ungelöste Problem des Arbeitskräftemangels. Lösungen wurden 1940 mit Stilllegungen, Auskammaktionen, Dienstverpflichtungen und mit der Unterordnung des weiteren Ausbaus zugunsten der unmittelbaren Produktion gesucht. Gefunden wurden die Lösungen erst seit 1941/42 mit dem Einsatz von Zwangsarbeiterinnen, Straf-, Kriegs- und Konzentrationslagergefangenen.

Gegen Kriegsende waren über 5000 Frauen und Männer im Betrieb der Fabrik Hes-

sisch Lichtenau beschäftigt. Kennzeichnend für die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen sind der zunehmende Anteil weiblicher Arbeitskräfte, der im „totalen“ Kriegseinsatz 1943 auf 55 Prozent anwuchs und der auch im Vergleich mit der gesamten deutschen Pulver- und Sprengstoffindustrie überdurchschnittlich hohe Anteil ausländischer Arbeitskräfte. Im Dezember 1944 kamen mehr als die Hälfte aller Beschäftigten (54%) aus von Deutschland besetzten Gebieten und waren hierher als Zwangsarbeiter/innen, Kriegs- und Konzentrationslagergefangene verschleppt worden.

Dienstverpflichtungen

Der Arbeitseinsatz mittels Dienstverpflichtung insbesondere von Frauen führte in Hessisch Lichtenau von Anfang an zu sozialen Spannungen und einer Unzufriedenheit, die sich zunächst in kollektivem Protest, später in individuellen Vermeidungsstrategien artikulierte. Die Dauer der Dienstzeit, falsche Versprechen der Arbeitsämter, geringe Entlohnung, fehlende Gefahrenzulage, mangelhafte Berufskleidung und miserable Unterkünfte führten zu schriftlichen, kollektiven Protesten. Die Vernachlässigung sozialer Belange rief

nicht nur den Protest der direkt betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter hervor, sondern provozierte auch die Drohung der Arbeitsämter, keine weiteren Arbeitskräfte mehr zur Verfügung zu stellen. Die Verantwortlichen reagierten zunächst abwägend mit sozialen Ressentiments, dann mit sozialpolitischen Zugeständnissen und schließlich mit verstärkter Repression.

Nach Ausweis der vorliegenden Quellen kam es zu offenen, kollektiven Protesten dienstverpflichteter Frauen in Hessisch Lichtenau nur im ersten Dreivierteljahr ihres Masseneinsatzes in der Sprengstofffabrik. Aus dem Verstummen der Klagen in den Quellen kann aber später nicht auf eine relative Zufriedenheit der Dienstverpflichteten geschlossen werden. Im Gegenteil. An die Stelle kollektiver Proteste traten individuelle Strategien, sich der Arbeit in der Sprengstofffabrik zu entziehen und eine „Entpflichtung“ zu erreichen. Dabei waren die Anträge und Gesuche, der Arbeit in der Sprengstofffabrik auf legalem Weg zu entkommen, ebenso massenhaft wie erfolglos.

Der Arbeitseinsatz von Frauen in der Fabrik Hessisch Lichtenau zeigte nicht zuletzt den Primat rüstungsindustrieller Notwendigkeiten vor einem ideologischen Grundsatz des Nationalsozialismus. Dieser Primat wiederholte sich dann im Arbeitseinsatz der ausländischen Arbeitskräfte und der jüdischen Konzentrationslagergefangenen. Der Primat aber spiegelt nicht die Konkurrenz von wirtschaftlich und weltanschaulich, rational und ideologisch motiviertem Handeln, sondern die Hierarchie der Ideologeme. An erster Stelle erscheint der Krieg und die Vernichtung als Lebens- und Grundgesetz des Nationalsozialismus.

Zwangsarbeiter/innen

Beim Jahreswechsel 1940/41 hatten Arbeitsamt und Rüstungskommando Kassel den Einsatz von Bauarbeitern aus besetzten westeuropäischen Ländern bei der Fabrik Hessisch Lichtenau noch als Ausnahme, Übergangslösung und besonderes Sicherheitsrisiko gewertet.



Als spätestens Ende 1941 an der Ostfront die Blitzkriegstrategie gescheitert war und die Rationalisierungsmaßnahmen an der „Heimatfront“ nicht genügend Entlastung brachten, weil die Sprengstoffanforderungen abermals explodierten, änderten die Produktionsplaner ihre Strategie. Auch in der besonders sicherheitsempfindlichen Sprengstoff- und Pulverindustrie wurde 1942 einem Masseneinsatz ausländischer ZwangsarbeiterInnen sowie Kriegsgefangener der Vorrang gegenüber weiteren Rationalisierungsmaßnahmen gegeben; nicht nur bei den Baufirmen, sondern auch in den Sprengstoffbetrieben selbst.

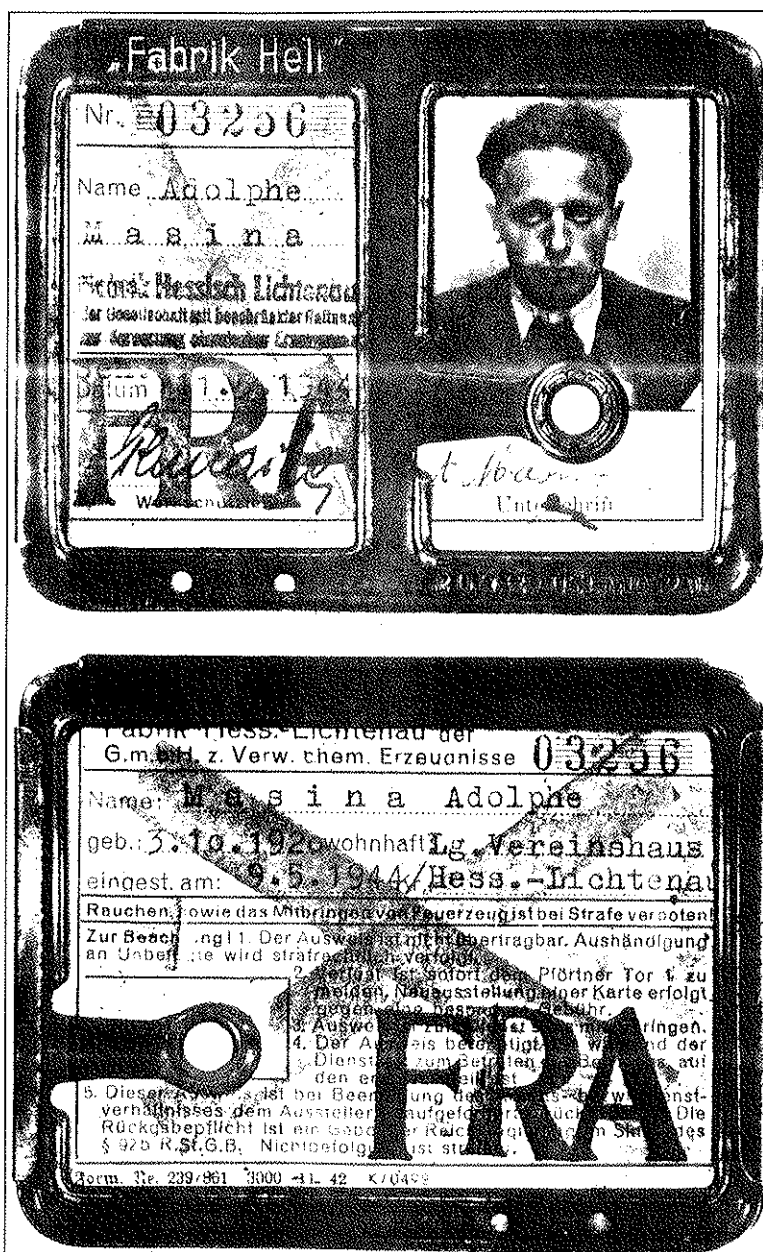
Im Gegensatz zu den osteuropäischen wurden westeuropäische Männer und Frauen zunächst noch mit Zeitverträgen angeworben. Die Probleme und Konflikte, die sich bei Produktionsbeginn der Sprengstofffabrik aus den falschen Versprechungen gegenüber den dienstverpflichteten deutschen Mädchen und Frauen ergeben hatten, fanden ihre Entsprechung in der Desillusionierung der ersten angeworbenen westeuropäischen Arbeiter, die nach Ablauf ihrer Zeitverträge und zum Teil vorher schon abwanderten. Die Fabrikleitung Hessisch Lichtenau reagierte mit „Zwangsverpflichtungen“, was zunächst sogar noch den Protest der Gebietsbehörde provozierte. Später wurde auch gegenüber westeuropäischen ZwangsarbeiterInnen jeder Anschein einer „Freiwilligkeit“ aufgegeben.

Die osteuropäischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die seit Anfang 1942 zum Schuften in die Sprengstofffabrik deportiert wurden, gehörten zu den sogenannten zivilen Arbeitskräften, ohne daß sich ihre Lebens-

Das Außenkommando des Konzentrationslagers Buchenwald

Der Arbeitseinsatz von Konzentrationslagergefangenen wurde 1944 auch in Hessisch Lichtenau zum letzten Ausweg aus den Problemen der Arbeitskräftebeschaffung. Vorausgegangen waren diesem Arbeitseinsatz verheerende Explosionen in den Füllstellen der Fabrik mit zahlreichen Todesopfern. Drei Monate nach der letzten großen Explosion selektierte die SS in Auschwitz tausend jüdische Ungarinnen für die Sklavenarbeit in der Fabrik Hessisch Lichtenau. Das KZ-Außenkommando wurde der Verwaltung des Konzentrationslagers Buchenwald unterstellt. Für die Fabrikleitung war es der letzte Versuch, dringend benötigte und überdies billige Hilfskräfte zu bekommen und gleichzeitig eine sozial explosive Situation zu entschärfen, die in steigenden Fluchtbewegungen und Verweigerungen nach den Betriebskatastrophen Ausdruck gefunden hatte.

Ende Oktober 1944 wurden 206 der 1000 Frauen abermals ausgesondert und in das Vernichtungslager Auschwitz zurückgeschickt. Die Auswertung der SS-Arbeits- und Krankenstatistik läßt den Schluß zu, daß vor allem kranke und arbeitsunfähige Frauen ausgesondert wurden. Die Vermutung, daß die Aussonderung auf Initiative der Fabrikleitung Hess. Lichtenau geschah, kann durch keinen schriftlichen Beleg gestützt



Fabrikausweis eines ehemaligen französischen Zwangsarbeiters.

und Arbeitsbedingungen wesentlich von denen der Kriegsgefangenen, wie den sogenannten „italienischen Militärinternierten“, unterschied.



werden, sie bleibt hypothetisch und auf Kombinationen angewiesen.

Das Schicksal der Frauen im Außenkommando Hessisch Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald unterschied sich in einigen Aspekten nicht von dem anderer Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen. In wesentlichen Bereichen aber war es unvergleichlich und - im eigentlichen Wortsinn - unsäglich; angefangen von den materiellen Lebensbedingungen bis zur unterschwellig immer drohenden Vernichtung in der Gaskammer. Die Frauen haben real erfahren, was zur Metapher für die Entgrenzung unserer Zivilisation und das Jenseits aller Humanität geworden ist: Auschwitz.

Im Gestrüpp inhumaner Lebens- und Arbeitsbedingungen haben einige hundert Frauen die Verfolgung, das Lager, die Arbeit und den Hunger- und Todesmarsch bei Kriegsende überlebt. Zu den Faktoren, die ein solches Überleben möglich gemacht haben, gehörten neben einer zumeist heimlichen Hilfe von außen vor allem eine

Selbsthilfe, die je nach Definition auch Selbstbehauptung, Resistenz oder Widerstand genannt werden kann. Die Selbsthilfe reichte von einfachen zeichenhaften Handlungen bis zur Sabotage. Einige dieser Frauen haben ihre Erlebnisse schriftlich festgehalten und zum Teil veröffentlicht.¹

In den 60er und 70er Jahren ermittelte die Staatsanwaltschaft zum Verdacht auf Tötungshandlungen im Außenlager Hessisch Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald. Die Ermittlungsakte läßt wenig kriminalistische Energie, Phantasie und Willen erkennen, den Verdacht aufzuklären und Verantwortliche ausfindig zu machen. Nach zehnjähriger Ermittlungsarbeit wurde das Verfahren eingestellt.

¹ Judith Magyar Isaacson: *Seed of Sarah. Memoirs of a survivor*. University of Illinois Press, Urbana and Chicago, 1990. (deutsch: *Befreiung in Leipzig. Erinnerungen einer ungarischen Jüdin*. Ekopan, Wilzenhausen, 1991. Trude Levi: *A cat called Adolf*. Valentine Mitchell, Ilford, Essex, 1995.

(Die Fortsetzung und das Ende des Artikels folgen im nächsten Gedenkstätten-Rundbrief.)

Gregor Espelage hat zu dem Thema veröffentlicht: *Geschichte einer Stadt und Sprengstofffabrik in der Zeit des Dritten Reiches; Band I: Geschichte der Stadt; Band II: Geschichte der Sprengstofffabrik; hgg. von der Stadt Hessisch Lichtenau 1992 und 1994. Bezugsquelle: Buchhandlung Heller, Landgrafenstraße, 37235 Hessisch Lichtenau.*

Alle Abbildungen: Gregor Espelage.

Die nationalsozialistischen Hinrichtungsstätten in Berlin-Plötzensee und Brandenburg-Görden - Zur literarischen „Quellenlage“ nach fünf Jahrzehnten -

von Rupert Kaiser

Neben der Fülle an Literatur zu den Themenkreisen „Konzentrationslager“ und „Judenverfolgung“ nimmt sich das, was an Büchern über die nationalsozialistischen Hinrichtungsstätten vorliegt, eher bescheiden aus. So sind über die größten Mordstätten der NS-Justiz, das Strafgefängnis Berlin-Plötzensee und das Zuchthaus Brandenburg-Görden, an nennenswerten

Werken nicht einmal zehn Titel in den Bibliotheken und im Buchhandel zu finden. Dafür - und wieder einmal ist weniger mehr - sind fast alle als Standardwerke zu bezeichnen: Es geht um Bücher und Broschüren, die das Leben und Sterben hinter Zuchthausmauern des III. Reiches erhellen und die Rückschlüsse auf andere Hinrichtungsstätten zulassen, die (noch) weniger literarische Beachtung finden, um Werke, mit denen Historiker und an der Zeit des Nationalsozialismus Interessierte gleicher-

maßen arbeiten können. Im Folgenden ein Blick in diese Region der „Landschaft Literatur“.

Strafgefängnis Berlin-Plötzensee

Brigitte Oleschinski legte 1994 unter dem Titel „Gedenkstätte Plötzensee“ eine Broschüre vor, die 1995 bereits ihre 2. Auflage erlebte. Das Heft löst die über Jahrzehnte hinweg in der Gedenkstätte erhältliche